

Abonnements

werden von den Postanstalten, den Briefträgern und unseren Nebenstellen im Kreise oder direkt beim Verlage angenommen.
 Bezugspreis monatlich 1,60 Reichsmark postfrei. Postgeld.
 Das Cottower Kreisblatt erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen.
 Verlag und Schriftleitung: Berlin W 35, Köpenickerstr. 87.



Anzeigen

werden im Verlage: Berlin W 35, Köpenickerstr. 87, von unseren Nebenstellen im Kreise und allen Anzeigen-Expeditionen angenommen.
 Die 6spaltige Millimeterzeile oder deren Raum kostet 14 Pfennig, die 3spaltige Kleinzeile im Reklameteil und an der Spitze des Blattes 1,25 Reichsmark.
 Abonnenten erhalten auf Familienanzeigen 25 Prozent Rabatt.
 At Anzeigen: Das Wort 10 Pf., feste Wörter 20 Pf.

Cottower Kreisblatt

Fernsprech-Anschluß:
 Sammel-Nr. B 2 Litzow 0671.

Täglich erscheinende Zeitung.

Postfachkonto:
 Berlin 1519 51.

Nr. 74.

Berlin, Dienstag, der 28. März 1933.

78. Jahrg.

Die Heftkampagne im Ausland

Newyork, 28. März.

Reichsaußenminister von Neurath erklärte in einer Unterredung mit dem Ghesterrepondenten der „Associated Press“, daß selbst der bestorganisierte Verwaltungsapparat nicht ausreiche, um jeder einzelnen böswilligen und tendenziösen Falschmeldung auf den Grund zu gehen und sie zu dementieren. „Ich kann mir“, fuhr der Reichsminister fort, „diese zurzeit gegen die deutsche Regierung entfachte Propaganda nicht anders erklären, denn als eine bewußte und plötzliche Wiedergeburt der während des Weltkrieges betriebenen Heftkampagne. Wie absurd diese Propaganda ist, haben Sie ja erst vorgestern persönlich erlebt.“

Sie konnten noch am Morgen von ungläublichsten Mitteilungen lesen, die angeblich den Herren Breitscheid und Wels zuteil geworden waren, und hatten am Nachmittag Gelegenheit, die beiden Herren als Teilnehmer der Reichstagsitzung zu sehen. Mir scheint, daß sich allein mit diesem Hinweis ein Eingehen auf weitere Einzelheiten erübrigt.

Wenn zu Beginn der nationalen Revolution gewisse Uebergriffe einzelner vorgekommen sein mögen, so ist dieses sicher bedauerlich. Aber gleichzeitig ist zu sagen, daß noch nie in der Geschichte eine revolutionäre Umwälzung wie die jetzt in Deutschland vollzogene stattgefunden hat, ohne daß gewisse Härten damit verbunden waren.

Meines Erachtens zeugt es von der ungeheuren dem deutschen Volke innewohnenden Disziplin, daß detaillierte Eigenmächtigkeiten nur in äußerst wenigen Fällen und auch dann nur in verhältnismäßiger milder Form vorgekommen sind. Sie werden selbst bemerkt haben, daß die energischen Aufreize des Herrn Reichstanzlers und des Ministers Göring, welche vor einigen Tagen derartige eigenmächtige Handlungen einzelner unter strengste Strafen stellen, einen durchschlagenden Erfolg hatten und Fälle eigenmächtigen Vorgehens nicht mehr bekannt geworden sind.

Präsident Kapler an Amerika

Berlin, 28. März.

Der Präsident des deutschen evangelischen Kirchenausschusses D. Kapler ist mit führenden Persönlichkeiten der amerikanischen Kirchen in Verbindung getreten, um sie im Namen der deutschen Kirchen vor überreifen Protestkundgebungen gegen die angeleglichen Judenverfolgungen zu warnen. In Übereinstimmung damit hat Oberdomprediger D. Burthart in seiner Eigenschaft als Präsident des deutschen Weltbundes für Freundchaftsarbeit der Kirchen an die amerikanische Gruppe des Weltbundes die dringende Warnung gerichtet, übertriebenen und erdichteten Berichten über angebliche Terrorakte in Deutschland Glauben zu schenken.

Entschlüsse der Parteileitung der NSDAP

München, 28. März.

Wie die nationalsozialistische Parteikorrespondenz soeben erfährt, wird nunmehr die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei den Abwehrkampf gegen die internationale jüdische Greuel- und Boykottbewegung gegen Deutschland im härtesten Form aufnehmen. Es verlaute, daß bereits am Dienstag die Anordnungen für die Organisation einer gewaltigen Volksbewegung zur Bildung von Boykottkomitees gegen die jüdischen Geschäfte in Deutschland als Antwort auf die Boykottrohungen des internationalen Judentums ergehen. Gleichzeitig soll in einer ungeheuren Propagandawelle der Forderung nach Einführung des Numerus Clausus für die Beteiligung des Judentums an bestimmten akademischen Berufen und öffentlichen Einrichtungen Ausdruck gegeben werden.

Über acht Millionen Menschen sind in Deutschland arbeitslos und unser eigenes Intelligenz-Proletariat zählt nach vielen Hunderttausenden. Trotzdem hat das deutsche Volk Hunderttausenden von jüdischen Intellektuellen die Teilnahme an diesen akademischen Berufen gestattet. Dieselben jüdischen Akademiker sind es in erster Linie, die heute Deutschland als „Dank“ dafür vor der Welt in einer wahrhaft schamlosen Eigenbeize heruntersehen.

Zur Abwehr dieses Treibens wird nunmehr die Forderung erhoben werden, dem Judentum in Deutschland an den Hochschulen, in den Berufen der Rechtsanwälte und der Ärzte nur dieselbe Quote zuzubilligen, die es in der Gesamtzahl der Einwohnerzahl Deutschlands ausmacht. Der Abwehrkampf soll durch Bildung besonderer Aktionskomitees mittels einer riesenhaften Aufklärungspropaganda geführt werden.

Ämtliche Bekanntmachungen sind im Inseratenteil dieser Nummer veröffentlicht.

Damit wird vielleicht gerade dieser jüdisch-internationale Jagd-Feldzug gegen Deutschland anfänglich einer Revolution, in der dem Judentum kein Haar gekrümmt wurde, zum Anlaß werden, einer schon längst erwünschten Klärstellung des Verhältnisses zwischen dem deutschen Staatsvolk und jenen, die für die ihnen gemährte Gaffreundchaft kein Verständnis aufzubringen vermögen.

Abwehrmaßnahmen aus dem Volke

Die Bewegung zur Abwehr der Greuelpropaganda, die aus der nationalsozialistischen Bewegung heraus angezündet wurde, wird sich im gelegmäßigen Rahmen halten. Deshalb wird die Reichsregierung ihr auch keineswegs irgendwelche Schwierigkeiten machen, sondern ihr freien Lauf lassen. Die Reichsregierung selbst hat alles getan, um von sich aus der Greuelpropaganda entgegenzuwirken.

Wenn die Hege trotzdem nicht aufhört, so braucht man sich nicht zu wundern, daß nun spontan aus dem Volke heraus eine Gegenwehr einsetzt. Zu den Mitteln einer solchen Abwehr gehört beispielsweise die Propagierung des Boykotts jüdischer Geschäfte. Die Reichsregierung wird sich dieser Bewegung gegenüber genau so zusehend und abwartend verhalten, wie sich ausländische Regierungen zur Greuelpropaganda einstellen.

Der Aufbau des Propagandaministeriums

Dr. Goebbels bei-Hilfer in Berchtesgaden.

Berlin, 28. März.

Zwischen dem Reichstanzler und Reichsminister Dr. Goebbels fand in Berchtesgaden eine längere Besprechung statt, wobei der Aufbau des Propagandaministeriums in der Hauptache Gegenstand der Unterhaltung bildete. Es wurde u. a. beschlossen:

daß das Ministerium für Volksaufklärung aus sechs Abteilungen für Erbschaften, Propaganda, Rundfunk, Presse, Film sowie Volksbildung und Theater bestehen wird.

Es ist anzunehmen, daß nun zunächst die Abteilungsleiter eingesetzt werden, mit denen dann der weitere Aufbau im einzelnen noch durchgeführt wird. Bis zum 1. April soll das Ministerium eingerichtet sein.

13 Sondergerichte in Preußen

Ausführungsverordnung über ihre Bildung

Berlin, 28. März.

Der preußische Justizminister hat eine Ausführungsverordnung über die Bildung der Sondergerichte bekannt gegeben.

Danach werden in Preußen 13 Sondergerichte gebildet und zwar in Berlin, Breslau, Hannover, Düsseldorf, Essen, Frankfurt, Kassel, Altona, Elbing, Königsberg, Köln, Halle und Stettin.

Neues in Kürze

In einer längeren Besprechung zwischen dem Reichstanzler und Minister Dr. Goebbels wurde der Aufbau des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda festgelegt.

Seitens der NSDAP sind energische Abwehrmaßnahmen gegen den ausländischen Greuelpropagandafeldzug in Aussicht genommen worden.

Die frühere preußische Hofeizregierung Braun hat jetzt endlich auf ihre Rechte endgültig verzichtet.

Reichshaushaltsverlängerung, um ein Vierteljahr.

Wie von unterrichteter Seite verlaute, wird der bisherige Reichshaushalt am 1. April um ein weiteres Vierteljahr verlängert werden, weil es rein zeitlich und technisch nicht mehr möglich ist, bis zum Schluß des Etatsjahres, dem 1. April, einen sorgfältig aufgearbeiteten Jahreshaushalt vorzulegen.

Neuwahl im Deutschen Anwaltsverein.

Der Vorstand des Deutschen Anwaltsvereins hat einstimmig beschlossen, sein Amt zur Verfügung zu stellen, um eine Neuwahl zu ermöglichen. Es soll sofort die Auflösung des Wahlkörpers, der Abgeordnetenversammlung des Vereins, herbeigeführt werden. Nach der Auflösung wird unverzüglich die Wahl durchgeführt werden, so daß die dann dem gegenwärtigen Willen der Anwaltschaft entsprechende Vertretung in der Lage ist, den Vorstand neu zu bilden.

Hausjuchung auf Geretes Out

Im Zusammenhang mit der Verhaftung des früheren Reichstanzlers für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gerete nahm dem Gerete in Preußen eine Hausjuchung vor. Die Beamten beschlagnahmten mehrere Akten.

Die Gerichte sollen für ihren Oberlandesgerichtsbezirk zuständig sein und nach Möglichkeit mit Landgerichtsbeamten als Vorsitzenden und ihren Vertretern besetzt werden, da ja gegen die Entscheidung der Sondergerichte Rechtsmittel nicht zulässig sind. Die Sondergerichtssachen sollen seitens der Staatsanwaltschaft möglichst von Beamten bearbeitet werden, die politische Strafsachen mindestens schon früher bearbeitet haben. Bestimmt wird ferner, daß die Sondergerichte nicht zur Bewilligung von Bewährungsstrafen befugt sind.

Hochverratsachen von geringerer Bedeutung sollen künftig nicht mehr vom Reichsgericht sondern von den Strafsenaten der Oberlandesgerichte behandelt werden.

In Preußen werden diese Sachen auf fünf Oberlandesgerichte verteilt und zwar auf das Kammergericht und die Oberlandesgerichte in Breslau, Hamm, Kassel und Königsberg.

Die Amnestieverordnung

Preußische Ausführungsbestimmungen.

Berlin, 28. März.

Raut Mitteilung des Ämtlichen Preußischen Pressebüros hat der Kommissar des Reiches für die preußische Justizministerium an die Generalstaatsanwält Amnestien zur Ausführung der Verordnung des Reichspräsidenten über Gewährung von Straffreiheit erlassen. In diesen wird darauf hingewiesen,

daß die Verordnung Straffreiheit nur für Straftaten gewährt, die im Kampfe für die nationale Erhebung des deutschen Volkes begangen sind.

Die Verordnung beschränkt sich im übrigen zeitlich nicht auf Straftaten aus der Zeit vor oder alsbald nach der Wahl des jetzigen Reichstages, sondern umfaßt auch weiter zurückliegende Straftaten. Es fallen demnach unter Umständen auch solche Straftaten unter die Verordnung, die nach dem Befehl vom 20. 12. 1932 von der Straffreiheit ausgeschlossen gewesen sind, wie z. B. Verbrechen gegen das Leben oder gegen das Sprengstoffgesetz.

Kabinett Braun verzichtet

Die „Hofeizregierung“ endgültig zurückgetreten.

Berlin, 28. März.

Der Ämtliche Preußische Pressebienst teilt mit:

Der bisherige Ministerpräsident Dr. Braun und die bisherigen Staatsminister Dr. Hirtfelder, Dr. Seevering, Dr. Schreiber, Dr. Schmidt, Klepper, Dr. Steiger und Grimme haben dem Reichskommissar für das Land Preußen, Bischoff von Papen, mitgeteilt, daß sie sich auf Grund des Beschlusses des Preußischen Landtages vom 22. März d. J. von der Verpflichtung aus der Vorfrist des Artikels 59 Absatz 2 der preußischen Verfassung erlösen wollten und ihre Ämter endgültig niederlegten. Der Reichskommissar für das Land Preußen, Bischoff von Papen, hat die Kenntnisnahme dieses Entschlusses bestätigt.

Göring an die Polizei

Berlin, 28. März.

Der preußische Minister des Innern (Kommissar des Reiches) hat an alle preußischen Polizeibeamten folgendermaßen erlaßt: Die Minister der sogenannten preußischen Hofeizregierung haben 1,4 Millionen RM, die für Erziehung zur Verbesserung der Unterbringung und Ausrichtung bestimmt waren, für rein parteipolitische Zwecke der Regierung Braun-Seevering verwendet. Die Mehrzahl der Schulden durch die Schuld gegenüber der preußischen Regierung, bis diese gewissenlose Handlungsmasse ihre verdienten Sühne gefunden hat. Für die Wiedergutmachung des Euch zugefügten Schadens werde ich durch die Beschlagnahme aller Einkünfte und sonst greifbarer Vermögensstücke der ehemaligen Regierungsmitglieder Sorge tragen.

Arbeitsdienstpflicht kommt

Ausführungen des neuen Reichskommissars.

Berlin, 28. März.

Der neuernannte Reichskommissar für den Arbeitsdienst, Mahntens, machte bemerkenswerte Ausführungen über den Arbeitsdienst. Der Redner erklärte u. a.,

daß schon in den nächsten Tagen die Arbeitsdienstpflicht als Bestandteil eines Generalplans zur Befehdung der wirtschaftlichen und sozialen Töne beschlossen werden würde.

In den verschiedenen Bezirken müßten dann sofort die vorhandenen Führerkräfte eingeteilt werden. Schon im Sommer hoffe man organisatorisch so weit zu sein, daß genügend Führerkräfte vorhanden seien, um bereits ganze Jahrgänge zur Arbeitsdienstpflicht einuberufen.

Brandenburgischer Sängertag

Der Sängerbund Berlin-Brandenburg, dem mehr als 20 000 Sänger angehören, wählte auf dem Sängertag im Heim der Berliner Liedertafel den Vorstand in seiner alten Zusammenlegung wieder. Vorsitzender ist danach Karl Schulz-Berlin, stellvertretender Vorsitzender Viktor Hoffmann-Sorau, Bundeschormeister Meißner-Berlin.

Eingeleitet wurde die Tagung durch Vorträge des Mozartchors und des Erkfchen-Jugendchors. Im weiteren Verlauf der Tagung sprachen Bundeschormeister Meißner über das Thema „Musikpolitik im Deutschen Sängerbund“, Bundesvorsitzender Karl Schulz, der seine Ansprache mit einem dreifachen Heil auf das Vaterland, Hindenburg und Hitler beendete, und Obermagistrat Dr. Hänsler, der den Willkommensgruß der Reichshauptstadt überbrachte.

Aus der Reichshauptstadt.

Gebrauchte Kraftfahrzeuge am Kaiserdamm.

Die Aussteller der 5. Berliner Auto- und Motorrad-Wespe, welche vom 8.—12. April in Halle I am Kaiserdamm stattfindet, erwarten einen besonders großen Erfolg von dieser Veranstaltung, zumal die bevorstehende Entung der Kraftfahrzeugsteuer es wieder bedeutend rentabler erscheinen lassen wird, auch stärker gebrauchte Kraftfahrzeuge in Betrieb zu nehmen.

Oberbranddirektor Gempy beantragt Disziplinarverfahren. Der bisherige Leiter der Berliner Feuerwehr, Oberbranddirektor Gempy, hat ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst beantragt.

Beisegung Paul Simmels.

Auf dem Zwölf-Apostel-Friedhof in Schöneberg wurde Paul Simmel in einem mit weissen Flieder geschmückten Sarg zu Grabe getragen. Die Mitarbeiter Paul Simmels und die ihm befreundeten Zeichner und Künstler legten kostbare Kränze nieder. Außer den Angehörigen und Freunden Simmels nahmen an der Beisegung auch zahlreiche Angehörige der Berliner Bevölkerung teil, die in Paul Simmel einen der Ihren verloren haben.

Beisegung Ferdinand Meisels.

Unter Teilnahme eines großen Trauergesanges, zu dem auch Abordnungen der Bühnensorganisationen, der Berliner Gesangsvereine und der Schutzpolizei gehörten, wurde auf dem Friedhof der Pioniersgemeinde in Tempelhof der Gründer der „Stettiner Sänger“, Ferdinand Meisel, beigelegt.

Urania. Der für den 31. März angekündigte Vortrag von Wilhelm Bölsche „Die naturwissenschaftliche und religiöse Forderung der Gegenwart“ muß wegen Erkrankung des Redners leider ausfallen.

Trepow-Sternwarte. Unsere freilebende Tierwelt vor der Kamera lautet das Thema des Vortrages, den Carl Reepel unter Vorführung von zahlreichen Bildfilmen am Mittwoch, den 29. März, abends 8 Uhr, in der Trepow-Sternwarte hält.

Reichsbund der Dolmetscher. Ueber „Die Bedeutung Polens in der Reparationsfrage“ spricht Dr. von Beers am Donnerstag, den 30. März, abends 8 Uhr, in den Kammerkeller Adolf Schödel, Berlin SW. 61, Leitower Straße 1—4. Eintrittskarten bei der Geschäftsstelle des Reichsbundes der Dolmetscher, E. B., Berlin SW. 11, Bernburger Straße 30, oder an der Abendkasse.

Der Zoo gibt wieder Jahres- und Monatskarten aus

Mit dem beginnenden Frühling werden im Zoologischen Garten die Jahreskarten ausgeben, die vom 1. April dieses Jahres bis zum 31. März 1934 gelten. Sie können von jetzt ab an allen drei Schalterstellen des Zoo zu dem im vorigen Jahr für Erwachsene auf 25 RM. ermäßigten Preis gelöst werden. Der Jahreskartenpreis für Kinder bis zu 16 Jahren beträgt 15 RM. Ebenso können schon jetzt die Monatskarten gelöst werden, die vom Tage der Lösung ab vier Wochen gelten. Der Preis beträgt für Erwachsene 10 RM., für Kinder unter 16 Jahren 5 RM., auch für das Aquarium werden Jahreskarten ausgeben. Sie kosten für Erwachsene nur 10 RM., für Kinder bis zu 16 Jahren 5 RM. Hingewiesen sei auch auf die neu eingeführte Photo-Jahreskarte, die für 5 RM. allen Liebhaberphotographen das Knippen im Zoo das ganze Jahr über gestattet.

Zur Eröffnung des Berliner Stadtparlaments.



Oberbürgermeister Sahm mit der goldenen Amtsetzle der Stadt Berlin in seinem Dienstzimmer im Berliner Rathaus vor dem Bilde des Bürgermeisters Hermann Kraushilf (1834—1848).

Prozeß Geiffert vertagt

Der Zusammenbruch der Bank für Handel und Grundbesitz.

Berlin, 28. März.
Vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I Berlin sollte der Prozeß gegen den Bankier Willy Geiffert, dem Leiter der im November 1931 zusammengebrochenen Ber-

liner Bank für Handel und Grundbesitz A.-G., beginnen. Durch den Zusammenbruch dieser Bank, der von der Anklage auf Geifferts Verschulden zurückgeführt wird, sind jetzt etwa 36 000 Sparer zum Teil um ihre letzten Spargroschen gekommen. Der Verlust belief sich auf rund 46 Millionen Mark. Der Prozeß mußte bald nach Eröffnung vertagt werden, da einer der Berufsrichter plötzlich aus der Strafkammer abberufen worden ist und der neue Richter Zeit braucht, um sich in das schwierige Prozeßmaterial einzuarbeiten. Die nächste Verhandlung findet am 4. April statt.

Kein menschliches Verschulden

Ermittlungsverfahren wegen des Neuntürchener Unglücks eingestellt.

Saarbrücken, 28. März.

Die Staatsanwaltschaft hat das Ermittlungsverfahren, das sie anlässlich des Neuntürchener Explosionsunglücks eingeleitet hatte, eingestellt, da eine strafrechtlich greifbare Verantwortung einer bestimmten Person oder bestimmter Personen nicht festzustellen war.

14 Wohnhäuser eingeweiht

Feuersbrunn in Teufshüh.

Bayreuth, 28. März.

Die in den letzten Jahren schon wiederholt von schweren Schadenfeuern heimgesuchte Stadt Teufshüh wurde von einer neuen Feuersbrunn schwer betroffen. Am Nachmittag war in einem Stadel eines Landwirts Feuer ausgebrochen, das sich mit großer Geschwindigkeit weiter verbreitete. Es fielen dem Großfeuer 14 Wohngebäude und Nebengebäude sowie 20 Stadel zum Opfer. Das Teufshühler Bezirksamtgebäude, das bereits stark bedroht war, konnte gerettet werden.

Zweites Todesopfer des Eilenriede-Rennens

Das Eilenriede-Rennen bei Hannover hat noch ein zweites Todesopfer gefordert. Der hannoversche Fahrer Haupt war beim Training auf der Rennstrecke gestürzt und hatte einen doppelten Schädelbruch erlitten. Er wurde bestunungslos ins Krankenhaus gebracht, wo er inzwischen gestorben ist. Noch ein dritter Fahrer liegt mit lebensgefährlichen Verletzungen darnieder.

Wetterbericht.

Nachrichten der Deutschen Wetterdienststelle, Berlin.

Am 29. März 1933:

Berlin und Umgegend: Wetter zunehmende Bewölkung, am Tage etwas kühler, nachts milder, mäßige westliche Winde. Deutschland: Im Westen und Süden Fortdauer des bewölkten und heiteren Wetters, im Norden und Osten wolfig, Aufböen der Nachfröste, im Nordosten leichte Nebenschläge.

Verantwortlicher Schriftleiter:

Berthold Jahn, Zernsdorf (Kr. Teltow),

Druck und Verlag: Rob. Rob. & K. H. A. H. A.,

Berlin W. 35, Lützowstraße 87.

Für unverlangt eingehende Beiträge übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung; Rücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt. — Unberechtigter Nachdruck verboten.

Sierzu I Beilage

Das hört jetzt auf!

Borgen und quälen — rechnen und wieder rechnen, weil Sie jetzt neue Frühjahrs-Kleidung gebrauchen?

Zwei Jahrzehnte hindurch haben wie rastlos daran gearbeitet, das alle Vorurteil auszurollen: gute Kleidung müsse auch teuer sein.

Das galt einmal — vielleicht! Heute gehört's in die Mottenkiste.

Heute bekommen Sie bei uns für sehr wenig Geld formvollendete vollwertige, in jeder Beziehung tadellose Kleidung für Damen, für Herren und für Ihre Kinder.

Schluss mit der Quälerei — machen Sie sich das Leben leicht —

GEHEN SIE ZU

Oranienstr. 40
Am Oranienplatz
Königsstraße 33
Am Hth. Alexanderplatz

Chausseestr. 113
Befm. Steinfur Bahnhof
Wilmsdorferstr. 108
Am Bahnhof Charlottenburg



Deutschland und der englische Plan

Rede Radolnys im Genfer Hauptauschuß

Genf, 28. März.

Der Hauptauschuß der Genfer Abrüstungskonferenz hat am Montag die allgemeine Aussprache über den englischen Abrüstungsplan zu Ende geführt.

Die ganze Welt sei sich wohl darüber klar, daß der Grund für die heutige allgemeine Unsicherheit, vor allem in der durch die Ungerechtigkeiten der Friedensverträge geschaffenen Lage zu suchen ist.

Über Deutschland habe, so führte Radolny aus, noch mehr getan: Es habe nach besten Kräften an der Organisierung des Friedens mitgearbeitet.

Der Vorkämpfer nahm dann Bezug auf die Angliederung vor dem Reichstag, in der der Friedenswille der nationalen Regierung betont und die Befestigung der Trennung der Völker in zwei Kategorien, in Sieger und Besiegte, gefordert wurde.

Der deutsche Vorkämpfer ging dann im einzelnen auf den englischen Vorschlag ein und stellte fest, daß die darin geforderten Abrüstungsbeschränkungen, namentlich auf dem Gebiet der Luftfahrt, nicht weit genug gingen.

Nach dem englischen Entwurf soll, führte der Vorkämpfer ausdrücklich aus, die Gleichberechtigung erst nach fünf Jahren vollständig erreicht werden.

eine Übergangsperiode

anzunehmen. Die Rücksicht auf die Erfordernisse der Sicherheit Deutschlands und seiner nationalen Würde machen jedoch gewisse Änderungen in den Bestimmungen des Planes über diese Periode notwendig.

Schon das erste Abrüstungsabkommen muß allen Unterzeichnern qualitativer Art ein Ende machen. Für alle Staaten müssen dieselben Waffenkategorien verboten und dieselben Abrüstungsarten erlaubt sein.

Zusammenfassend erklärte Radolny, daß Deutschland den englischen Entwurf als eine gute und zweckmäßige Grundlage für das abzuschließende Abkommen betrachte und

zu seiner Diskussion bereit ist. Deutschland ist bereit, sich jedem Verfahren anzuschließen, das einen praktischen Weg zu einer Einigung bietet.

Bis zum 25. April verlagert

Genf, 28. März.

Der Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz hat sich nach Abschluß der allgemeinen Aussprache über den britischen Konventionentwurf bis zum 25. April verlagert.

Die Kleine Entente protestiert

London und Rom lehnen ab.

Berlin, 28. März.

Der Ständige Rat der Kleinen Entente, das Organ des neuen südeuropäischen Staatenbundes, der gern die internationale Rolle einer Großmacht spielen möchte, hat es für notwendig gehalten, unaufgefordert zu den Verhandlungen über einen Viermächtepakt Stellung zu nehmen.

Es wirkt wie eine Selbstironie, wenn gerade die Kleine Entente von diesem Paktplan sagt, Abkommen dieser Art gehörten der Vergangenheit an und den Zeiten, da der Völkerbund noch nicht bestanden habe.

Die italienische Presse weist denn auch mit Recht darauf hin, daß gerade dieser Geist der dauernden Feindschaft zwischen zwei Mächtegruppen dringend der Ablösung durch eine Zusammenarbeit wie sie der Mussolini-Plan vorsieht, bedarf.

Eine italienische Auslassung

Die große Bedeutung der Zustimmung MacDonalds und Hitlers zu dem Vorschlag Mussolinis wird in einem Leitartikel des Direktors der vielgelesenen Turiner „Stampa“ sehr lebhaft unterstrichen.

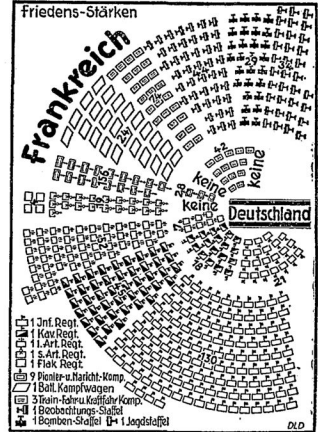
Advertisement for Juno cigarettes. Title: 'Die Ausgaben für die Marine: in Frankreich in Deutschland'. It shows a comparison of costs: 515 million RM in France vs 183 million RM in Germany. Includes a small illustration of a ship and a cigarette pack.

denzöse Gerüchte bereits die Nationalsozialisten als Kriegsankfänger brandmarken wollten, die jeden Augenblick die Grenzen überrennen und Zwischenschläge auf den Rheinbrücken, in Danzig und in Oberschlesien hervorrufen würden.

Hitler hat, so führt das Blatt aus, mit seiner Programmrede einen neuen Beweis seines klaren politischen Blickes gegeben. Er ist sich in seinem Innern klar bewußt, daß, wenn erst die letzten Kennzeichen einer widerwärtigen rechtlichen und moralischen Degradierung gefallen sind, die Hauptvoraussetzung einer gleichberechtigten Mitsprache Deutschlands bei der Regelung der großen Probleme der Zukunft erfüllt ist.

Die Verantwortlichkeiten liegen ganz klar: Alle warten auf die Zustimmung Frankreichs. Die Mitglieder der französischen Regierung müssen den Ernst und die Schwere ihrer Entscheidung spüren.

Die erdrückende Übermacht der französischen Einheiten



Kleine politische Meldungen

Die deutsch-französischen Verhandlungen über eine Regelung des wechselseitigen Zahlungsverkehrs beginnen nach Auskunft von unterrichteter Seite am 30. März in Prag.

Der Gau Niedererschlesien des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat sich am 26. März 1933 aufgelöst.

Die Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe in Hamburg hat das Schächeln auf dem Schlachthof mit Wirkung vom 28. März verboten.

Zustizminister Kerl im Amt. Der kommissarische preussische Justizminister Kerl hat die Amtsgeschäfte im Justizministerium offiziell übernommen.

Ausfall der Auslandsreise der deutschen Flotte. Die für Anfang April angelegt gewesene Ausbildungsreise der deutschen Flottenstreitkräfte, die über Spanien und Portugal nach den Kanarischen und Kapverdischen Inseln führen und an der die sämtlichen großen Einheiten der deutschen Reichsmarine teilnehmen sollten, ist wegen notwendig gewordener Veränderung des Ausbildungsprogramms der Flotte abgelehnt worden.

Verlängerte Zeitungsverbote. Auf Anordnung des Berliner Polizeipräsidenten sind die bisher verbotenen Tageszeitungen „Berlin am Morgen“ und „Echo von Berlin“, deren Verbotsschrift jetzt abgelaufen wäre, auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar und § 14 des Polizeiverwaltungsgesetzes bis auf weiteres verboten worden.

Juno hat sich durchgesetzt,

weil sie ihr einziges Ziel, ihren Freunden einen besonderen Rauchgenuß zu bieten, stets in vorbildlicher Weise erfüllt und selbst die Anspruchsvollen dauernd zu fesseln versteht. So wurde

JUNO

für „den Raucher über dem Durchschnitt“ zu einem Begriff für hohe Qualität, welcher sich mit unsachlichen Zugaben wie Wertmarken, Gutscheinen oder Stickerereien nicht vereinbaren läßt.

Zum täglichen Brot: die gute Juno!



6 Stück 20 &

